

Basler Stadtbildkommission verhindert Fotovoltaikanlage

Trotz Klimakrise Die Stadtbildschützer erlauben bei einem genossenschaftlichen Mehrfamilienhaus nur wenig Solarzellen, obwohl das Dach von der Strasse aus gar nicht einsehbar ist.

Franziska Laur

Die Mieterinnen und Mieter der Basler Wohngenossenschaft an der Thannerstrasse 90 sind entnervt. «Es ist mühsam», sagt eine Dame. Im Frühling haben sie und die anderen Mieter extra ihre Wohnungen für vier Monate verlassen. In dieser Zeit sollte die ein Jahrhundert alte Liegenschaft umfassend renoviert werden. Dies klappte in den bestehenden Wohnungen. Doch jetzt gibt es eine Verzögerung bei der Erneuerung der Fassade und des Dachs – aufgrund eines negativen Entscheids der Stadtbildkommission, die ihre Macht immer noch ausspielt, obwohl der Grosse Rat manche Anläufe genommen hat, um ihre Kompetenz einzuschränken.

«Wir wollten eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach installieren und den Dachstock zu einer kleinen Wohnung ausbauen», sagt Verwalter Silvan Wunderlin. Da das Haus in der Schonzone steht, erschien die Stadtbildkommission, die stets ein wachsames Auge auf historische und ästhetische Belange hat. Und diese sagte Nein zur Fotovoltaikanlage und genehmigte lediglich eine halb so grosse. «So können wir das Dach nicht optimal nutzen», sagt Wunderlin. Und vor allem könne man so den Strombedarf im Haus nicht decken, sondern nur halb so viel Strom produzieren wie geplant. Das möchte die Wohngenossenschaft, nebenbei bemerkt die älteste in der Schweiz, nicht akzeptieren. Sie zieht den Fall weiter an die Baurekurskommission.

Für Bauanwalt René Brigger, der die Rekurrierenden vertritt, ist der Weiterzug wichtig, um einen Grundsatzentscheid zu erhalten: «Die Wohngenossenschaft kann sich dies aufgrund der guten Vernetzung leisten. Private geben meist auf und machen die Faust im Sack.»

Viel zusätzliche Arbeit

Die Wohngenossenschaft änderte nach einem negativen Vorentscheid der Stadtbildkommission das Bauvorhaben und zog einen Balkon gar nicht erst in Betracht. Dabei hat das Nachbarhaus einen Balkon und ein anderes gleich drei grosse Dachflächenfenster – und sie stammen aus demselben Jahr und gehören zum selben Ensemble. Keine Chance: Die Stadtbildkommission sagte Nein zum Bauvorhaben der Wohngenossenschaft. Der Balkon und die Fenster würden die intakte Dachfläche fragmentieren und den künstlerischen sowie historischen Charakter der Dachkubatur tangieren – ebenfalls die Fotovoltaikanlage.

Fast ein Jahr lang rang die Wohngenossenschaft um eine Lösung, prüfte verschiedene Varianten, stets unter Berücksichtigung der Lage und der Historie der Liegenschaft. Schliesslich musste sie sich schweren Herzens entschliessen, die Fotovoltaikanlage und die vorgesehenen Dachflächenfenster aus dem Baugesuch herauszunehmen, sodass zumindest die



Auf dem Dach dieses Mehrfamilienhauses darf nur eine halb so grosse Fotovoltaikanlage installiert werden wie geplant. Foto: Pino Covino

«Sie hat zu unseren Einwänden nie richtig Stellung genommen. Ihre Worte erinnern an ein altgriechisches Orakel.»

René Brigger
Bauanwalt und SP-Grossrat

Kommentar

Klimaziele verkommen zum Papiertiger

Besonders unverständlich erscheint der abschlägige Entscheid der Stadtbildkommission, weil allerorts nach mehr alternativen Energieträgern gerufen wird. So wurden im Vorfeld mehrere politische Entscheide zugunsten einer nachhaltigen Klimapolitik getroffen. Der Basler Grosse Rat beispielsweise hat im Jahr 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Dringend müsse man von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas auf erneuerbare Energien umsteigen. Ausserdem wurde im Grundlagenbericht aus dem Jahr 2021 des Amtes für Umwelt und Energie ein massiver Ausbau der Fotovoltaik-Stromerzeugung in Basel-Stadt gefordert. Und erst im vergangenen Sommer hat der Regierungsrat beschlossen, eine

Renovierung der bestehenden Wohnungen beginnen konnte. Dies brachte mit sich, dass die ganze Sache jetzt unfertig daherkommt, obwohl die Mitglieder wieder in ihre sanierten Wohnungen eingezogen sind. «Die Sache ist meines Erachtens sehr stossend», sagt Brigger.

Altes Versprechen

Störend findet er auch einen besonderen Umstand: Vor zwölf Jahren hatte der Regierungsrat eine Einteilung der Liegenschaft in die Schonzone verfügt. Damals

dementsprechende Motion umzusetzen und eine Fotovoltaik-Pflicht ins Energiegesetz aufzunehmen.

Auch auf höchster Ebene sind die Ziele klar: So hat der Bundesrat 2019 beschlossen, dass die Schweiz bis 2050 Treibhausgasemissionen auf netto null reduzieren soll. Entsprechend veröffentlichte er im Januar 2021 die langfristige Klimastrategie: Unter anderem soll der möglichst vollständige Verzicht auf fossile Brenn- und Treibhausstoffe umgesetzt und rasch auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Solarenergie spielt dabei natürlich eine grosse Rolle.

Doch wenn ästhetische Gründe – notabene eine Ästhetik, die

hatte die Wohngenossenschaft dagegen rekurrert. Der Regierungsrat teilte mit, dass eine bauliche Aktualisierung trotz Schonzone möglich bleibe. «Und was liegt näher an einer baulichen Aktualisierung als Massnahmen gegen die Klimakrise und die Wohnungsnot, wie wir sie planen», sagt Daniel Kuhn, Vizepräsident der Basler Wohngenossenschaft.

Brigger fügt ausserdem hinzu: «Das Verhalten der Stadtbildkommission ist nicht nachvollziehbar und verhindert die

Schaffung von Wohnraum und die Gewinnung von Solarenergie.» Der Anwalt, übrigens auch SP-Grossrat, wird gar zynisch, wenn er sich zum Gebaren der Stadtbildkommission äussert: «Sie hat zu unseren Einwänden nie richtig Stellung genommen. Ihre Worte erinnern an ein altgriechisches Orakel.»

Mächtige Stadtbildschützer

Auch die separate Baueingabe der Dachflächenfenster und der Fotovoltaikanlage brachte kein Glück. Mittlerweile liegen eine umfangreiche Mailkorrespondenz, ausgearbeitete Bauvarianten und glücklose Gesprächsversuche hinter den Rekurrierenden, und sie beschlossen frustriert, den Fall an die Baurekurskommission weiterzuziehen. «Das Bauinspektorat und sämtliche involvierten Ämter hätten das Projekt bewilligt – alle ausser der Stadtbildkommission», sagt Brigger.

«Wir wollen preisgünstigen und qualitativ guten Wohnraum zur Verfügung stellen. Daher streben wir natürlich an, dass wir unsere Bauten gut ausnutzen können», sagt Daniel Kuhn. «Das ist auch das Gebot der Stunde, sonst schaffen wir die Energiewende nie.» Selbstverständlich seien denkmalpflegerische Aspekte wichtig. «Es darf jedoch nicht sein, dass man die ganze Geschichte so erschwert, dass es ökonomisch nicht mehr Sinn macht», sagt er.

Die Stadtbildkommission sagt auf Anfrage der BaZ, dass sie zu diesem laufenden Verfahren keine Stellung nehmen werde.



Franziska Laur